

**Rede
der Sprecherin für Bundes- und Europaangelegenheiten
und Regionale Entwicklung**

Immacolata Glosemeyer, MdL

zu TOP Nr. 21

**Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Bundes-
und Europaangelegenheiten und Regionale
Entwicklung**

während der Plenarsitzung vom 08.12.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Meyer, das, was Sie hier vorgetragen haben, war für mich ein klares Bekenntnis zu diesem Ministerium. Vielen Dank! Denn Sie haben noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass die Fördermittel an die richtigen Stellen kommen. Ich werde in meiner Rede darauf eingehen und Ihnen berichten, dass das auch genau so erfolgt.

Heute beraten wir den Einzelplan 16 des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung. Der Haushalt des Ministeriums sieht für 2021 ein Volumen von rund 43 Millionen Euro vor. Das ist nicht der größte Haushalt. Der größte Haushalt ist, wie wir vorhin gehört haben, der Sozialhaushalt. Aber auch mit 43 Millionen Euro können wir eine ganze Menge wuppen.

Sehr geehrte Frau Ministerin Honé, ich möchte Ihnen und dem gesamten Ministerium für Ihre geleistete Arbeit danken. Sie haben viele wegweisende Projekte auf den Weg gebracht.

Einige möchte ich besonders erwähnen: das Förderprogramm „Zukunftsräume“ für zentrale Orte in ländlichen Regionen, die Zukunftsregionen, die eine bedarfsorientierte Förderung und Unterstützung erhalten, und das Modellprojekt der Regionalen Versorgungszentren, die Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge an gut erreichbaren Orten bündeln sollen.

Darüber hinaus hat sich Frau Ministerin Honé im Europäischen Ausschuss der Regionen in Brüssel als Berichterstatterin erfolgreich für die EU-Wasserstoffstrategie eingesetzt. Sie hat früh erkannt, dass Europa nur dann bis 2050 klimaneutral werden kann, wenn die grüne Wasserstoffwirtschaft aktiv gefördert wird. Davon profitiert auch Niedersachsen; denn durch Innovationen und Wertschöpfung entstehen Arbeitsplätze.

Allein in Niedersachsen gibt es mehr als 20 Wasserstoffprojekte. Ein Vorzeigeprojekt befindet sich am Standort Salzgitter. Ich hoffe, Herr Meyer, Sie werden jetzt sagen: „Das ist auch gut so“; denn Salzgitter gehört zur Region Braunschweig, und Sie haben ja gerade kritisiert, dass zu wenig Geld dorthin fließt. Mit dem Wasserstoff-Campus ist dort ein wegweisendes Projekt entstanden. Es ist ein Ankerpunkt der Wasserstoffwirtschaft in der Region Braunschweig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Jahr haben wir das fünfjährige Jubiläum des erfolgreichen Südniedersachsenprogramms gefeiert. Insgesamt wurden mit dem

Südniedersachsenprogramm in sechs Handlungsfeldern bislang 39 Leuchtturm- und landkreisübergreifende Kooperationsprojekte bewilligt und umgesetzt. Über 107 Millionen Euro an zusätzlichen Fördergeldern sind inklusive der Kofinanzierung bisher in die Region geflossen. Mit der neuen Regionalstrategie 2020 bis 2025 wird das Konzept weiterentwickelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

allein an diesen zwei Beispielen sehen wir, wie wichtig es ist, alle Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie die kommunalen Spitzen zusammenzubringen, um mit ihnen eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zu erarbeiten. Denn nur so können wir langfristig erfolgreich sein. Diese wichtige Aufgabe übernimmt das Europaministerium mit den Landesbeauftragten. Sie sind die Schnittstelle zu den Fördermöglichkeiten der Europäischen Union und kennen die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir blicken auf ein ereignisreiches Jahr 2020 zurück, in dem die COVID-19-Pandemie alles auf den Kopf gestellt hat. Hier bei uns in Niedersachsen stehen besonders die kleinen und mittleren Zentren in unseren Kommunen vor großen Herausforderungen. Ladengeschäfte, die mit dem Online-Handel nicht konkurrieren können, müssen oft schließen. Das ist ein Trend, der spürbare Auswirkungen auf Stadt- und Dorfzentren und auch auf Begegnungsorte für Jung und Alt hat. Sie gehen verloren.

Kulturelle Angebote und Mobilität sind ein Standortfaktor, den es zu erhalten gilt. Wir müssen die Strukturen vor Ort stärken. Niedersachsen als Flächenland ist in seinen jeweiligen Regionen vielfältig und divers. Keine Region gleicht der anderen. Um diesen regionalen Unterschieden gerecht zu werden, müssen und werden wir bedarfsgerechte Förderungen vornehmen - anders, als Sie das hier dargelegt haben, Herr Meyer.

Im kommenden Jahr stehen für das Programm „Zukunftsräume“ und die soziale Daseinsvorsorge insgesamt 8,5 Millionen Euro zur Verfügung. Ich freue mich sehr, dass die SPD-Fraktion für dieses erfolgreiche Herzensprojekt 4 Millionen Euro über die politische Liste bereitgestellt hat und so die ursprünglich vorgesehenen 4,5 Millionen Euro auf 8,5 Millionen Euro aufgestockt hat.

Eine zweite wichtige Säule für den ländlichen Raum sind die Modellprojekte der Regionalen Versorgungszentren. Diese ergänzen die soziale Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten unseres Bundeslandes. Durch den demografischen Wandel sieht sich der Gesundheits- und Pflegebereich gerade in der Fläche großen Herausforderungen und auch höheren Anforderungen entgegen. Gleichzeitig

erleben wir, dass vielerorts Strukturen wegbrechen. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken und gemeinsam mit den Städten und Landkreisen der Modellprojekte unter kommunaler Steuerung diverse Angebote der sozialen Daseinsvorsorge anbieten: vor Ort, gut erreichbar und lokal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2019 wurden dem Ministerium für das Haushaltsjahr 2020 über die politische Liste 250.000 Euro für die Umsetzung unseres Antrages „Europa - Chancen für alle!“ zur Verfügung gestellt. Das, was Sie als Kürzung empfunden haben, Herr Meyer, sind genau diese 250.000 Euro, die dann auf das neue Jahr übertragen worden sind. Die konnten nicht ausgegeben werden; denn verständlicherweise konnten wir in der Zeit der Pandemie keine Schülerinnen und Schüler ins Ausland schicken. Für den Ideenwettbewerb „#MeinEU“ hat das Europaministerium daraufhin eine Verlängerung der Bewerbungsphase bis zum 1. Juni 2021 ausgeschrieben.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

auf die europäische territoriale Zusammenarbeit, besser bekannt als INTERREG-Programm, möchte ich an dieser Stelle ebenfalls eingehen.

Durch die zunehmende Globalisierung wird für Niedersachsen die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg immer wichtiger. In der neuen Förderperiode soll das INTERREG-A-Programm Deutschland-Niederland fortgesetzt werden. Für den Zeitraum 2021 bis 2027 soll es mit insgesamt 20 Millionen Euro an Landesmitteln unterstützt werden.

Die Zustimmung der EU-Kommission vorausgesetzt, würde Braunschweig in den Genuss des INTERREG-B-Programms Zentraleuropa kommen. Das Programm Nordwesteuropa würde Anwendung für die Region Leine-Weser und Weser-Ems finden.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

Niedersachsen wird in der Kohäsionspolitik über 1 Milliarde Euro erhalten. Circa 775 Millionen Euro sind für den EFRE vorgesehen, beim ESF sind es 283 Millionen Euro. Der ELER wird auf 1,4 Milliarden Euro anwachsen. Mit diesem Geld können wir u. a. die Folgen von Corona im ländlichen Raum bekämpfen.

Angesichts der derzeitigen Lage hatten wir mit weniger Fördermitteln aus der EU gerechnet. Doch in den Fonds EFRE, ESF und ELER ist zusammengenommen eine Erhöhung zu verzeichnen. Die Mittel steigen für Niedersachsen um 8 Prozent. Der ELER steigt um ganze 300 Millionen Euro.

Die Voraussetzung hierfür ist, dass der Haushalt endlich beschlossen werden kann. So können wir auch Planungssicherheit für unsere Jugendwerkstätten und unsere Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft sicherstellen, deren Arbeit wir sehr schätzen.

Allerdings blockieren Polen und Ungarn momentan mit ihrem Veto die im Trilog erreichte Einigung in Bezug auf den Mehrjährigen Finanzrahmen und den Corona-Wiederaufbaufonds.

Ich hoffe, dass auf dem EU-Gipfel am kommenden Donnerstag eine Einigung erzielt wird. Die Bundesrepublik muss das Gewicht der EU-Ratspräsidentschaft dafür nutzen. Am Rechtsstaatsprinzip darf jedenfalls nicht gerüttelt werden. Wir haben im Landtag schon in unserem Antrag „Grundwerte der Europäischen Union achten und schützen - für wirksame Maßnahmen gegen Verstöße“ gefordert, dass bei schwerwiegenden Verletzungen der Grundwerte Gelder einbehalten werden sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich noch etwas zum FDP-Antrag „Erwartungen der EU-Ratspräsidentschaft erfüllen“ sagen. Keine Frage: Die Erwartungen an Deutschland als vorsitzendes Land waren von Anfang an sehr hoch, und die deutsche Ratspräsidentschaft ist nun gerade in der Schlussphase noch einmal besonders gefordert worden. Aber eine Vielzahl von Themen wurde beraten, und ich bin mir sicher, dass die deutsche Ratspräsidentschaft auch die verbleibenden Tage intensiv nutzen wird. Ich denke nur alleine an die Herausforderungen von Corona und Brexit, die auch weiterhin ein Thema sein werden. Ich möchte eigentlich meinen Kollegen Pantazis zitieren, der immer gesagt: Der Antrag ist obsolet. - Ich habe mir immer mal gewünscht, das sagen zu dürfen. An der Stelle möchte ich also sagen: Dieser Antrag ist absolut obsolet.

Zu guter Letzt möchte ich mich für die gute kollegiale Zusammenarbeit bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Auch wenn wir ab und zu im Clinch lagen, sind wir aber doch immer zu einem guten Ergebnis gekommen.

Wir haben ja hier keine Diskussion, sondern einen Redebeitrag. - Sie haben mich jetzt doch noch aus der Fassung gebracht. Trotzdem wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und weiterhin gute Beratungen.